



SGU (Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz)

SPE (Société suisse pour la protection de l'environnement)

Merkurstr. 45 • Postfach 124A • 8032 Zürich • Tel. 01/251 28 26 • PC 80-20177-4

## PRESSEMITTEILUNG

### 4 Ja der S G U

#### Die SGU unterstützt die Kleeblatt-Initiativen und die Initiative "Stopp dem Beton"

Dies hat der Vorstand der SGU beschlossen. Der Bau neuer Schnellverbindungen erzeugt neuen Verkehr und trägt zur weiteren Zersiedlung des Landes und zur Zerstörung wertvollen Kulturlandes bei. Damit wird auch die Luft zusätzlich mit Schadstoffen belastet, ohne Rücksicht auf die Tatsache, dass die Grenzwerte der Luftreinhalteverordnung vielenorts laufend und massiv überschritten werden, insbesondere bei den Stickoxiden. Darum dürfen keine weiteren Autobahnen gebaut werden.

Die Initiative "Stopp dem Beton - für eine Begrenzung des Strassenbaus" verlangt erstmalig eine gesamthafte Begrenzung der Fläche, welche dem motorisierten Verkehr zur Verfügung stehen soll. An einer solchen gesamthaften Betrachtungsweise fehlte es bisher. Die Begrenzung auf dem von der Initiative verlangten Stand setzt keineswegs, wie die ablehnende Propaganda behauptet, den Abbruch bestehender Strassen voraus; die Zweckänderung genügt, beispielsweise durch Einrichten von Fussgängerzonen, Velowegen, Verbreiterung von Trottoirs usw., was bereits geschieht. Das haben vom Nationalfonds finanzierte neutrale Untersuchungen erst kürzlich klar gezeigt. Die Forderungen der Initiative sind also nicht nur sachlich gerechtfertigt; sie können auch gut erfüllt werden. So wie vor rund hundert Jahren das weitsichtige Forstgesetz den rigorosen Schutz der schweizerischen Waldfläche sichergestellt hat, muss heute der Schutz der Bodenfläche vor der überbordenden Beanspruchung für Strassenbauten rechtlich verankert werden.

In der Schweiz steht heute jedem Einwohner durchschnittlich eine Wohnfläche von 20 - 25 m<sup>2</sup> \*) zur Verfügung, aber eine Strassenfläche von 113 m<sup>2</sup> \*). Das muss genügen; eine weitere Betonierung von Flächen für den Strassenverkehr ist nicht mehr zu verantworten.

Zürich, den 13. Februar 1990

\*) Nationales Forschungsprogramm  
Bulletin Nr. 10, Dez. 1989, S. 7

## KLEEBLATTINITIATIVEN UND INITIATIVE STOPP DEM BETON

Von Peter Vollmer, Nationalrat.

Geschätzte Genossinnen und Genossen,

ich möchte meine Ausführungen zu den Volksinitiativen unter das Motto "Konsequente SP-Haltung auch bei heiklen Fragen" stellen. Ich bin mir bewusst, dass diese hier zur Diskussion stehenden Initiativen auch in unserer Partei nicht völlig unumstritten sind, das haben die Beratungen an früheren Parteitag, aber auch die Verhandlungen in den eidg. Räten deutlich gezeigt. Ich könnte mir meine Aufgabe insofern leicht machen und Euch lediglich auf die SPS-Parteitagebeschlüsse (1984/1986) aufmerksam machen, in denen die Unterstützung der Stopp dem Beton-Initiative - entgegen dem abwartenden Antrag des Parteivorstandes - klar und deutlich beschlossen hat. Was für den weitestgehenden Initiativvorschlag gilt, wäre zweifellos auch für die "zahmeren" Kleeblattinitiativen als politische Vorgabe zu berücksichtigen. Wenn wir heute vor der Volksabstimmung - mit Abstimmungsparolen - nochmals Stellung nehmen, ist das mehr als ein blindes Bestätigen früherer Entscheide. Wir wollen unsere politische Position unzweideutig begründen und bekräftigen.

Alle hier zur Debatte stehenden Initiativen stammen nicht aus unserer Küche, sie wurden jedoch aus unseren Kreisen schon bei der Unterschriftensammlung tatkräftig unterstützt.

### Zu den Kleeblatt-Initiativen

Aus dem vierblättrigen Kleeblatt ist bekanntlich ein nur noch dreiblättriges geworden. Weniger ist auch hier mehr! Von den Initianten wurde nämlich die mit Recht umstrittenste Teilinitiative "für einen autobahnfreien Kanton Jura" zurückgezogen. Ich gehe davon aus, dass der Parteivorstand über den Inhalt aufgrund der verschickten Unterlagen Kenntnis hat, so dass ich mich auf die politische Würdigung der drei Initiativen, die alle die Streichung von Teilstücken aus dem vor der Realisierung stehenden Autobahnprogramm verlangen.

Die Initiativen gründen politisch im Widerstand der lokalen, regionalen und auch kantonalen Bevölkerung der jeweiligen Abschnitte. Allen drei Anliegen gemeinsam ist die Erkenntnis, dass die jeweiligen Abschnitte aus heutiger Sicht als nicht zwingend nötig erachtet werden müssen. Bei allen Abschnitten handelt es sich um wertvolle Kulturlandschaften die unwiderruflich durch die Autobahnbauten zerstört würden.

Unser Nationalstrassennetz wurde vor über 30 Jahren geplant und beschlossen und es braucht wohl nicht viel Ueberzeugungskraft um zu zeigen, dass sich seither die verkehrspolitische Optik auch in unserer Partei gründlich verändert hat. Warum? Das sind schon fast Binsenwahrheiten:

- wir wissen, dass wir zu unserem Kulturland Sorge tragen müssen;
- wir wissen, dass wir unsere Erholungsgebiete erhalten müssen;
- wir wissen, dass die zunehmende Luftverschmutzung zu einer ernststen Gefahr für Mensch und Natur geworden ist;

- und wir wissen, dass jede zusätzliche Attraktivierung unseres Autobahnnetzes nicht einfach den Verkehr aus den Siedlungen und von den Hauptstrassen abzieht, sondern in praktisch allen Fällen zusätzlichen Verkehr auf allen Achsen erst richtig provoziert.

Heute haben wir in der Schweiz ja bereits das dichteste Autobahnnetz und die zur Diskussion stehenden Teilstücke sind nicht etwa unverzichtbare Kernstücke des West-Ost oder des Süd-Nord - Verkehrs, nein, sie wurden vor über 30 Jahren als zusätzliche Verbindungsstücke apostrophiert. Und wenn heute staatspolitische Gründe gegen die Initiativen ins Feld geführt werden, kann man nur staunen, wenn der Zusammenhalt unserer Eidgenossenschaft jetzt einzig noch an der zusätzlichen Verbetonierung wertvoller Landschaften abhängig ist.

Die Unterstützung der Kleeblattinitiativen ist für uns auch eine logische Konsequenz unserer verkehrspolitischen Konzeptes, wo wir klar und deutlich festgehalten haben, dass wir den Verkehr der Zukunft, den öffentlichen Verkehr, nicht ständig mit neuen Strassenangeboten in der Konkurrenz der Verkehrsmittelwahl schwächen dürfen. Wir haben in unserem Luftreinhalte-Konzept unzweideutig festgehalten, dass wir die zunehmende Luftbelastung durch den motorisierten Individualverkehr nicht noch mit der Förderung von Mehrverkehr mit attraktiveren Strassenangeboten begegnen können.

Wir stehen dafür ein, dass man in der Politik endlich klare Prioritäten setzen muss. Die Unterstützung der Kleeblatt-Initiativen markiert hier eine konsequente und glaubwürdige SP.

Ich bitte Euch darum, für die drei Kleeblatt-Initiativen die JA-Parole zu beschliessen.

### **Zur Initiative Stopp dem Beton**

Dieser Volksinitiative hängt zweifellos etwas sehr Rigores an. Die Begrenzung des Umfangs des schweizerischen Strassennetzes auf den Stand vom 30.4.86 erscheint in der Tat etwas willkürlich und einschneidend. Der vorgeschlagene Verfassungstext ist jedoch flexibler, als das auf den ersten Blick und von der Strassenlobby dargestellt wird. Man erklärt mit der Initiative nicht einfach den Stillstand und das Einfrieren des heutigen - teilweise unsinnigen - Strassennetzes. Nein, erstens geht man davon aus, dass in den einzelnen Regionen ein Gleichgewicht zwischen neuen Strassen und der sog. Entwidmung bestehender Strassenstücke als Vorgabe gelten soll, und zum zweiten besteht ausdrücklich für besondere Fälle, in dünne besiedelten Regionen und bei untragbaren Verhältnissen, wo keine anderen Lösungen möglich sind, die Kantone sog. Ausnahmewilligungen beschliessen können.

Die Initiative Stopp dem Beton ist letztlich nichts anderes als eine politische, sicher harte Antwort auf einen in den letzten Jahren grenzenlosen Strassenbau. Alle schönen Absichtserklärungen der Behörden, den Strassenbau nicht mehr als die Lösung der Verkehrsprobleme anzusehen, wurden und werden durch die heute immer noch praktizierte Strassenbau-Politik Lügen gestraft.

In den eidg. Räten wurde übrigens ein Gegenentwurf angeregt, der das Stichdatum für die Anwendung der Initiative auf den Tag der Abstimmung festlegen wollte. Grossmehrheitlich wurde

dies von der bürgerlichen Mehrheit bachab geschickt. Es ist darum jetzt schlitzohrig von den Schwierigkeiten und der Problematik des allenfalls notwendigen Rückbaus von seither gebauten Strassen zu sprechen.

Was für die Kleeblatt-Initiativen im Grundsatz zu unserer Haltung gilt, ist auch hier gleichermaßen zu berücksichtigen.

Die "konsequente SP-Haltung auch in heiklen Fragen" erfordert auch hier vom Parteivorstand - in Bestätigung des Parteitagsbeschlusses - eine JA-Parole.

(pv260290/v.)